

Die Kassen sind leer - jetzt sollen sich Bürger engagieren

Früherer Staatsrat Hoppensack: Wir bohren ein dickes Brett / BIAB-Initiative sammelt Vorschläge und Ideen für die Stadtteile

**Von unserem Redakteur
Horst Frey**

BREMEN. Wie wollen wir in Bremen leben? Diese Frage stellt die Bremer Initiative Aktive Bürgerstadt (BIAB), die das Engagement der Bürger angesichts leerer öffentlicher Kassen wecken möchte. Ex-Staatsrat Hans-Christoph Hoppensack erläuterte gestern vor Journalisten das Konzept. Der Initiative sind schon jetzt Vereine und Institutionen wie die Arbeitnehmerkammer Bremen, der Deutsche Gewerkschaftsbund Bremen oder der Landessportbund beigetreten. Mit der Bremischen Evangelischen Kirche sei man im Gespräch, versicherte Hoppensack. Die Schirmherrschaft hat Bürgerschaftspräsident Christian Weber übernommen. Auftakt zur öffentlichen BIAB-Aktivität ist eine Veranstaltung am Montag, 29. Mai, um 19.30 Uhr im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer, Bürgerstraße 1, bei der Traute Backhaus in kabarettistischer Weise ins Thema einführen wird. Wie Peter Beier von der BIAB erläuterte, ist die Initiative aus der Bewerbung zur Kulturhauptstadt hervorgegangen. Nachdem diese Bemühung erfolglos blieb, will man die Anstrengungen um Bürgerbeteiligung, die auch ein Konzept für die Bewerbung gewesen war, fortsetzen. In den kommenden neun Monaten möchte die Initiative anhand eines Fragebogens Ideen und Vorschläge sammeln. "Eine Umfrage der Arbeitnehmerkammer hat ergeben, dass über 70 Prozent der Befragten kein Vertrauen mehr in die Politik haben. Gegen solche Trends wollen wir einen Kontrapunkt setzen und damit einen Beitrag zu mehr Demokratie leisten", so Hoppensack. Der BIAB-Fragebogen soll kein Wunschzettel sein: Zwar wird nach

Verbesserungsvorschlägen für den jeweiligen Stadtteil gefragt, es ist aber auch Eigeninitiative gefordert. "Haben sie eine Idee, wie der Vorschlag finanziert werden könnte? - möglichst konkret und nicht über neue Schulden", heißt es in den Fragebögen, die mit großem "Ja!" als Titel in Bürgerhäusern und Vereinen ausliegen werden. "Wir haben die Formulierungen der Fragen schlicht gehalten", versicherte Hoppensack. Als gelungene Beispiele für Engagement nannte er den Sportgarten und das Stadionbad. Der Sportgarten konnte nach jahrelangem Einsatz der Initiatoren und viel Engagement insbesondere von Jugendlichen realisiert werden. "Und die Planung für das Stadionbad ist durch die Beteiligung der Bürger besser als die der Spezialisten", findet Hoppensack. Er räumte ein, dass der Vorstoß zu mehr Bürgernähe auch Risiken birgt. "Das ist ein dickes Brett, das wir bohren." Langfristig gehe es darum, den Einfluss der Verwaltung zu reduzieren. "Das bedeutet für die freilich auch mehr Arbeit", weiß Hoppensack. Auf seine Verantwortung für die Sozialbehörde in seiner Dienstzeit angesprochen, erwiderte der ehemalige Staatsrat im Sozialressort: "Ich tue jetzt Buße." Immerhin gibt es auch seitens des Senats Zustimmung zu mehr Bürgerbeteiligung. In einer Antwort der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage von CDU und SPD heißt es wörtlich: "Es kommt vor allem darauf an, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung eine positive Haltung zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern entwickeln."

Weser-Kurier 27.5.2006